

Pensionskassen unterschätzen die Lebensdauer systematisch

Für eine solide Finanzierung der Renten wären 5 Prozent mehr Vorsorgekapital nötig

Die Lebenserwartung steigt kontinuierlich an. Dies wird von den Institutionen der beruflichen Vorsorge aber weitgehend ignoriert. Experten empfehlen tiefere, für jeden Jahrgang einzeln zu bestimmende Rentenumwandlungssätze – oder das jahrgangsgerechte Rentenalter.

Seit es zuverlässige Daten gibt, das heisst seit rund 150 Jahren, steigt die Lebenserwartung in Europa kontinuierlich an. Immer wieder wurde prognostiziert, dass die Kurve bald abflachen und das menschliche Lebensalter eine natürliche Obergrenze erreichen werde. Keine dieser Voraussagen ist bisher eingetroffen. Das bedeutet zwar nicht, dass diese Entwicklung immer so weitergehen wird. Die neuere Forschung hat jedoch keine Hinweise dafür gefunden, dass der Anstieg der Lebenserwartung in absehbarer Zeit zu einem Ende kommen wird.

Ausgeblendete zukünftige Entwicklung

Vielmehr wird bei der üblichen Verwendung von sogenannten Periodentafeln die Lebensdauer systematisch unterschätzt. Man geht dabei von Beobachtungen in der Vergangenheit aus und berücksichtigt keine zukünftige Entwicklung, obwohl dafür mathematische Modelle zur Verfügung stehen. Die beiden Methoden führen zu sehr unterschiedlichen Resultaten. So betrug die statistisch mit Periodentafeln berechnete Lebenserwartung von Männern des Jahrgangs 1930 zum Zeitpunkt ihrer Geburt 59 Jahre. Ihre effektive durchschnittliche Lebensdauer betrug beziehungsweise beträgt jedoch 70 Jahre, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) mit einem Modell berechnete, das auch die Veränderung der Lebenserwartung einbezieht.

Für Pensionskassen ist jedoch nicht die gesamte Lebenszeit relevant, sondern die verbleibende Lebenserwartung beim Eintritt ins Rentenalter. Die Sterblichkeit der Älteren ist aber in den vergangenen Jahren besonders zurückgegangen, die Rest-Lebenserwartung der 65-Jährigen folglich besonders stark angestiegen – und zwar exponentiell seit über 100 Jahren. Die BFS-Modellrechnungen gehen davon aus, dass die 65-Jährigen bis 2030 über ein Jahr an zusätzlicher Lebenserwartung «dazugewinnen». Viele Pensionskassenexperten halten die Annahmen des BFS allerdings für konservativ. Der jüngsten Korrektur nach oben im Jahr 2006 werde wie in der Vergangenheit bald die nächste folgen.

0,5 Prozent mehr Rendite wären nötig

Obwohl die Statistiker schon einige Zeit mit einer dynamischen Lebenserwartung rechnen, tun sich



Wie weit führt die Fahrt in der Pension? Jedenfalls ist die Distanz bis zur Endstation grösser, als die Pensionskassen annehmen.

DAVID ADAIR / EX-PRESS

die Vorsorgeeinrichtungen schwer damit. «Praktisch alle Pensionskassen leben noch in der Welt der Periodentafeln», sagt Christoph Furrer, Mathematiker und Pensionskassenexperte im Büro Deprez in Zürich. Furrer hat für die Pensionskasse Stadt Zürich seit 1990 die technischen Grundlagen der Reihe VZ verfasst, mit denen die erforderlichen Rückstellungen für Pensionskassen berechnet werden können. Die VZ-Grundlagen beruhen ursprünglich nur auf den Beobachtungen der Pensionskasse der Stadt Zürich; in den neusten Grundlagen dieser Reihe, den VZ 2005, werden neu auch die Daten von etlichen weiteren öffentlichrechtlichen Kassen einbezogen. Neu besteht auch erstmalig die Möglichkeit, sogenannte Generationentafeln, die die zukünftige

Entwicklung der Lebenserwartung auf der Grundlage eines mathematischen Modells berücksichtigen, zu erstellen.

Gemäss den VZ-Grundlagen erhöhte sich laut Furrer die Lebenserwartung der 65-Jährigen in der Vergangenheit alle 10 Jahre um ungefähr 1,5 Jahre. Diese Beobachtung bei Rentnern von öffentlichrechtlichen Kassen dürfte seiner Meinung nach im Grundsatz auch allgemein für die Pensionskassen in der Schweiz gelten. Damit die aus der ständig zunehmenden Lebenserwartung resultierende längere Auszahlungsdauer der Renten finanziert werden kann, benötigen die Pensionskassen eine zusätzliche jährliche Rendite von rund 0,5 Prozent, was bei den Renditeanforderungen, welche die Verzinsung des Vorsorge-

kapitals der aktiven Versicherten und Rentner bereits stellt, nicht einfach zu bewerkstelligen ist. Hält man eine solche Erhöhung für nicht möglich, müssten heute 5 Prozent mehr Vorsorgekapital zurückgestellt werden.

«Mehr Rendite» ist zwar die simpelste Lösung, aber nicht unbedingt transparent und realistisch. Olivier Deprez, ebenfalls Mathematiker und Pensionskassenexperte, hat kürzlich an einer Fachtagung eine Reihe von Ideen präsentiert und deren Auswirkungen auf der Basis der VZ-Grundlagen aufgezeigt. So könnte der Umwandlungssatz – der Prozentsatz zur Berechnung der Rente aus dem Vorsorgekapital – mit antizipierter Lebenserwartung und für jeden Jahrgang einzeln bestimmt werden.

Ein Umwandlungssatz pro Jahrgang

Ein Rechenbeispiel mit einem technischen Zins von 3,5 Prozent: Auf der Basis der rückwärts-gewandten Periodentafeln hätten 65-jährige Männer, die sich im Jahr 2006 pensionieren liessen, eine Rente zu einem Umwandlungssatz von 6,37 Prozent erhalten (tatsächlich betrug der von der Politik vorgeschriebene Mindestumwandlungssatz 7,1 Prozent). Der jahrgangsgerechte, mit der Generationentafel berechnete Umwandlungssatz für Männer des Jahrgangs 1941, der somit die zukünftige Zunahme der Lebenserwartung berücksichtigt, hätte sogar nur 6,08 Prozent betragen. Für den Jahrgang 1981 würde gemäss diesen Berechnungen allein aufgrund der höchstwahrscheinlich weiter steigenden Lebenserwartung ein Satz von 5,67 Prozent gelten. Das Konzept von jahrgangsgerechten Umwandlungssätzen könnte in Pensionskassen, deren Leistungen deutlich über dem gesetzlichen Minimum liegen, bereits heute umgesetzt werden. Im Rahmen des gesetzlichen Minimums nach BVG wäre eine Gesetzesänderung erforderlich.

Eine weitere Idee besteht in der Festlegung eines jahrgangsgerechten Rentenalters. Der Jahrgang 1982 kann gemäss den Generationentafeln VZ 2005 gegenüber dem Jahrgang 1942 mit einer Erhöhung der Lebenserwartung von 37 Monaten rechnen. Diese Zunahme der Lebenserwartung würde eine Senkung des Umwandlungssatzes, mit dem die Altersrente berechnet wird, um rund 0,4 Prozentpunkte erforderlich machen, was eine entsprechende Renteneinbusse zur Folge hätte. Stattdessen könnte man aber das Rentenalter um 13 Monate erhöhen und damit für den Jahrgang 1982 wieder die gleiche modellmässige Altersrente erreichen wie für den Jahrgang 1942. Der Jahrgang 1982 würde somit zwar rund ein Jahr länger arbeiten, aber trotzdem im Durchschnitt noch rund zwei Jahre länger die Rente beziehen als der Jahrgang 1942.

Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren



Quelle: Bundesamt für Statistik

Durchschnittliche Lebensdauer



NZZ

Schmid im Schutze des parteipolitischen Kalküls

Zurückhaltende Positionen und wenig Interesse an einer Vakanz im Bundesrat

VBS-Chef Samuel Schmid ist in Medien-Kommentaren im Zusammenhang mit der Affäre Nef massiv kritisiert worden. Es wurde gar der Rücktritt gefordert. Doch die parteipolitische Grosswetterlage scheint im Moment dafür zu sorgen, dass ein für Schmid wirklich bedrohlicher Sturm ausbleibt.

«Einige Kommentare in den Medien argumentieren mit Rücktrittsforderungen an Samuel Schmid auf unserer Linie», konnte am Dienstag Joe Lang, grünes Mitglied der nationalrätlichen Sicherheitspolitischen Kommission (SIK), zufrieden feststellen. In Kontext der parteipolitischen Überlegungen sind aber die Grünen ziemlich alleine mit ihrem Antrag, wonach die Kommissionen an ihrer ausserordentlichen Sitzung am Freitag Schmid zum Rücktritt auffordern sollen. Die SP zeigte sich am Montagabend im Grossen und Ganzen zufrieden mit der nun getroffenen Entscheidung Schmidts. Die FDP weist zwar klar auf Fehler Schmidts hin, hält sich aber mit Rücktrittsforderungen zurück. Präsident Fulvio Pelli erklärt auf Anfrage, dass es nun in erster Linie um die Lösung des Falls Nef gehe. An einem Abgang Schmidts sei die FDP, wie wohl andere auch, im Moment nicht interessiert. Für eine gute Neu-

zusammensetzung des Bundesrates seien gleichzeitig mehrere freie Bundesratssitze notwendig. Ein einzelner Rücktritt würde zu einer zufälligen Lösung führen, erklärt Pelli. Über die Rolle der Person Schmid müssten vorerst im Wesentlichen die übrigen Bundesräte beraten, sagt Pelli.

Kritische Freisinnige – vorsichtige CVP

Trotz dieser grundsätzlichen derzeitigen Haltung muss sich Samuel Schmid auf massive Kritik von freisinnigen SIK-Mitgliedern gefasst machen. Der St. Galler FDP-Nationalrat Walter Müller ist etwa weiterhin der Meinung, dass Schmid zurücktreten sollte. Ob er aber dem Rücktrittsantrag zustimmen wird, lässt Müller offen und macht dies auch abhängig von den Fakten, die an der Kommissionssitzung vom Freitag auf den Tisch kommen sollen. Der Basler Freisinnige Peter Malama übt ebenfalls Kritik an Schmid und an dessen Versuch, sich mit der «Gnadenfrist» für Nef dem öffentlichen Druck zu entziehen; doch will auch er sich, mit Blick auf die dann vorliegenden Informationen, noch nicht auf eine Position zur Rücktrittsforderung festlegen.

Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass es weitgehend an Schmid selber liege, zu entscheiden, ob er zurücktreten wolle oder nicht. CVP-Präsident Christophe Darbellay verlangte am Montagabend zwar ebenfalls nicht den Rücktritt von Schmid, stellte aber dessen Position mehr als die übrigen Chefs der Bundesratsparteien in Frage. Jüngst hatte der CVP-Präsident ausgeführt, dass seine Partei bei jeder Chance einen zweiten Bundesratssitz anstreben werde. SIK-Mitglied und CVP-Vizepräsidentin Ida Glanzmann-Hunkeler erklärt, dass die CVP-Mitglieder am Freitag keine Rücktrittsforderungen an Schmid stellen werden. Würde sein Sitz frei werden, wäre dies bei einer ersten Beurteilung wohl ein Sitz, welcher der SVP zustünde, sagt Glanzmann-Hunkeler. Schmid mit einem CVP-Mann oder einer CVP-Frau zu ersetzen, bedürfte wohl erst langer Verhandlungen mit den anderen Parteien, so Ida Glanzmann-Hunkeler.

Wichtig für das Verhalten während der Kommissionssitzung (zu der Bundespräsident Couche-

Finanzielle Folgen einer Entlassung

(ap) Nach der Beurlaubung von Armeechef Roland Nef geraten auch finanzielle Aspekte ins Blickfeld des Interesses. Aus Sicht des Betroffenen sind dabei die Aussichten besser, wenn er seinen Platz nicht selber räumt. Die Kompetenz zur Ausrichtung einer limitierten Abgangsschuldung liegt beim Gesamtbundesrat. Sollte Nef tatsächlich aus seinem Amt entlassen werden, so hätte er Anspruch auf eine weitere volle Gehaltszahlung während der Kündigungsfrist von sechs Monaten. Der Entscheid, ob er zusätzlich auch eine Entschädigung erhalte, läge jedoch in der Kompetenz des Gesamtbundesrats. Sollte Nef seinen Platz aber aus eigenem Antrieb räumen, so hätte er zwar ebenfalls Anspruch auch das volle Gehalt während sechs Monaten. Eine Abgangsschuldung würde in einem solchen Fall aber nicht ausbezahlt.

pin, VBS-Chef Schmid und Roland Nef eingeladen wurden) sind auch die unmittelbar zuvor stattfindenden parteiinternen Besprechungen. Dabei werden wohl die Abwägungen zwischen den Erfordernissen des Falls Nef und den langfristigeren politischen Überlegungen zum Fall Schmid eine wichtige Rolle einnehmen.

Zwiespältige SVP-Position

Die SVP hat sich bisher zwiespältig zur Zukunft Schmidts geäußert. SVP-Vizepräsident und SIK-Mitglied Ivan Perrin erklärt auf Anfrage, er persönlich werde sich an der Sitzung vom Freitag für einen Rücktritt Nefs und Schmidts aussprechen und den Antrag der Grünen unterstützen. Die Position der SVP-Mitglieder innerhalb der SIK werde aber erst am Freitagmorgen definitiv festgelegt. Perrin geht davon aus, dass die Mehrheit der sechs SVP-Kommissionsmitglieder den Rücktritt Schmidts fordern wird. Parteipräsident Toni Brunner hatte bereits am Sonntag Schmidts Abgang verlangt, und am Dienstag tat es ihm die Junge SVP gleich. Zurückhaltender geben sich SVP-Generalsekretär Yves Bichsel und Vizepräsident Adrian Amstutz. Die SVP for-

dere Schmid nicht direkt zum Rücktritt auf, vielmehr müssten die Bundesratsparteien und vor allem Schmid selber entscheiden, ob ein Verbleib im Amt den Interessen des Landes und der Armee dienlich sei. Beide gehen davon aus, dass Schmid die Affäre erfolgreich aussitzen wird. Klar ist für Bichsel, dass die SVP im Falle eines Rücktritts Schmidts Anspruch auf dessen Sitz erheben würde. Für den Fall, dass ein SVP-Vertreter in den Bundesrat gewählt würde, wäre die Volkspartei laut Bichsel «halb Bundesrats- und halb Oppositionspartei».

Dass sich die SVP-Zentrale mit der Rücktrittsforderung an Schmid vorerst zurückhält, hat auch taktische Hintergründe. Mit einem aggressiven Auftreten könnte die Volkspartei Schmid ungewollt den Rücken stärken, da sich der abtrünnige Verteidigungsminister als Opfer einer SVP-Abrechnung darstellen könnte. Gleichzeitig dürfte die SVP zum Zeitpunkt der noch laufenden Parteispaltung in Bern kein Interesse daran haben, verunsicherte Parteigänger mit dem Abschied Schmidts der neuen BDP in die Arme zu treiben. Schliesslich scheint die SVP nicht auf die rasche Demontage Schmidts und die plötzliche Option einer Rückkehr in den Bundesrat vorbereitet zu sein. Bichsel spricht zwar von valablen Kandidaten, die klar auf der Linie der SVP politisierten. Die Einigung auf eine Kandidatur dürfte der SVP in Zeiten der Abspaltungen und internen Richtungskämpfe aber nicht ganz leichtfallen.

So beschränkt sich die SVP vorerst darauf, ohne eigenes Zutun Schmidts Krise mitzuverfolgen. Die Polemik überlässt sie dabei den Grünen als zweiter Oppositionspartei. GPS-Präsident Ueli Leuenberger fordert seit Tagen deutlich den Rücktritt Schmidts und seines Armeechefs. Für Leuenberger ist klar, dass die Grünen bei einer bürgerlichen Vakanz im Bundesrat einen Kandidaten stellen werden.

Aus grüner Sicht wäre also ein Rücktritt Schmidts mit der Möglichkeit zur eigenen Profilierung verbunden – und brächte CVP und SP in Zugzwang, die mit den Grünen die Abwahl Blochers lanciert hatten.

Weiterer Artikel auf Seite 14

INHALT

Gemeinsamer Luftraum in Sicht

Falls sich die Politik einigt, könnte bis zum Jahr 2012 ein von sechs Staaten, darunter der Schweiz, gemeinsam bewirtschafteter Luftraum Tatsache werden. 14

Manifest für bäuerliche Familienbetriebe

Die Kleinbauern bangen um ihre Zukunft, sollten die Agrarverhandlungen bei der WTO in der gegenwärtigen Form verabschiedet werden. Sie fordern mehr Gehör für ihre Anliegen. 15